

Bericht

Geht an:
SBFI
Magda Spycher
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Rektorat
Dr. Ulrike Zika
Leiterin Geschäftsstelle Ressort Forschung

T direkt +41 41 248 62 20
ulrike.zika@hslu.ch

Luzern, 6. Juli 2015
Seite 1/2

Stellungnahme der Hochschule Luzern zum Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG)

Das Ressort Forschung & Entwicklung der Hochschule Luzern nimmt wie folgt zum Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Stellung:

Allgemeine Bemerkungen

- **Soziale Innovation:** Die neue Benennung „schweizerische Agentur für Innovationsförderung“ erlaubt eine Öffnung des Begriffs Innovation, was begrüsst wird. Die Kommission geht davon aus, dass damit unterschiedliche Arten von Innovation, wie beispielsweise die soziale, hiermit berücksichtigt werden.
- **Bereich Design:** Für den Fachbereich Design ist es wichtig, dass dieser in den zur Verfügung gestellten Kategorien präziser verortet werden kann. Bisher mussten Projekte bzw. Anträge unter dem Label ‚Enabling Sciences‘ eingebracht werden. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, dass die zur Verfügung gestellten Kategorien überprüft und angepasst werden.

Art. 6 Verwaltungsrat, Absatz 1

- **Inhalt:** Der Verwaltungsrat ist das oberste Leitungsorgan. Er besteht aus 5 - 7 in Belangen der Innovationsförderung fachkundigen Mitgliedern.
- **Antrag:** Die Formulierung ist wie folgt zu ersetzen: „Der Verwaltungsrat ist das oberste Leitungsorgan. Er besteht aus 5 - 7 in Belangen der Innovationsförderung fachkundigen Mitgliedern, wobei die Forschungsleistungserbringer aus den verschiedenen Hochschultypen angemessen vertreten sind.“
- **Begründung:** Der Verwaltungsrat sollte die Rahmenbedingungen der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen kennen, um seine Aufgaben (insbesondere Erlass der Beitragsverordnung, Wahl des Innovationsrates und der Experten, Aufsicht des Innovationsrates etc.) effizient wahrnehmen zu können; daher wird hier eine Präzisierung der Zusammensetzung des Verwaltungsrates beantragt, welche auf eine angemessene Vertretung aus den Hochschulen hinweist.

Art. 7 Geschäftsleitung und Geschäftsstelle, Absatz 2b

- **Inhalt:** Sie entscheidet über Fördergesuche nach Artikel 3 Absatz 4.
- **Antrag:** Korrektur der Bezugnahme auf Artikel 3 Absatz 4.
- **Begründung:** Artikel 3 Absatz 4 bezieht sich auf die Förderung der Einreichung von Gesuchen und nicht auf den Entscheid über Fördergesuche. Die Referenz auf den Inhalt von Artikel 3 Absatz 4 macht keinen Sinn.

Luzern, 6. Juli 2015

Seite 2/2

Bericht – Stellungnahme der Hochschule Luzern zum Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG)

Art. 7 Geschäftsleitung und Geschäftsstelle, Absatz 2e

- **Inhalt:** Sie beaufsichtigt den Vollzug der geförderten Tätigkeiten nach Artikel 3 Absatz 4.
- **Antrag:** Korrektur der Bezugnahme auf Artikel 3 Absatz 4.
- **Begründung:** Artikel 3 Absatz 4 bezieht sich auf die Förderung der Einreichung von Gesuchen und nicht auf den Entscheid über Fördergesuche. Die Referenz auf den Inhalt von Artikel 3 Absatz 4 macht keinen Sinn.

Art. 8 Innovationsrat, Absatz 3

- **Inhalt:** Die Kriterien für die Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten in den Innovationsrat sind der wissenschaftliche Leistungsausweis sowie der Bezug zur Praxis und zur Wirtschaft.
- **Anträge:**
Die Formulierung ist wie folgt zu ersetzen: „Die Kriterien für die Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten in den Innovationsrat sind der Leistungsausweis in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung sowie der Bezug zur Praxis und zur Wirtschaft.“
Es ist darauf zu achten, dass bei der Wahl der Experten die Sprachregionen berücksichtigt werden.
Zudem wird das Anliegen unterstützt, dass swissuniversities bei den Vorschlägen von Experten durch den Innovationsrat eine gewisse Transparenz erwartet.
- **Begründung:** Gute Leistungen in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung zeugen von einem guten Bezug der Kandidatin/des Kandidaten zur Praxis und Wirtschaft. Leistungen in der grundlagenorientierten Forschung stellen diesen Bezug jedoch nicht her. Im Sinn einer Profilschärfung sollte hier dementsprechend die anwendungsorientierten F&E im Vordergrund stehen.

Art. 21. Beitragsverordnung, Absatz d

- **Inhalt:** die Voraussetzungen und Modalitäten der Beitragsgewährung an ausländische Forschungspartner bei grenzüberschreitenden Innovationsprojekten;
- **Antrag:** Die Formulierung ist wie folgt zu ersetzen: „d. die Voraussetzungen und Modalitäten der Beitragsgewährung an ausländische Forschungspartner bei grenzüberschreitenden Innovationsprojekten *unter Wahrung der Interessen der inländischen Forschungspartner*;“
- **Begründung:** Die Beitragsgewährung an ausländische Forschungspartner darf die inländischen Forschungspartner nicht benachteiligen; insbesondere eine Beitragsgewährung auf Grund unterschiedlicher Rahmenbedingungen der F&E (F&E Kosten, F&E Finanzierung etc.) ist auszuschliessen

Art. 22 Rückforderung bei wirtschaftlichem Nutzen und Gewinnbeteiligung

- **Inhalt:** Werden die Resultate der ganz oder teilweise mit Bundesmitteln finanzierten Innovationsprojekte wirtschaftlich genutzt, so kann die Innosuisse von den Umsetzungspartnern von Innovationsprojekten die Rückerstattung der von ihr gewährten Mittel nach Massgabe der erzielten Erträge sowie eine angemessene Gewinnbeteiligung verlangen. Die Beitragsverordnung regelt die Einzelheiten.
- **Antrag:** Streichung von Art. 22
- **Begründung:** Die Diskussionen um die wirtschaftliche Nutzung der Ergebnisse aus KTI-Projekten ist bereits heute ein delikater Punkt und kann innovative Forschungsprojekte bremsen. Auf keinen Fall sollte mit einem zusätzlichen Artikel bei den Umsetzungspartnern eine Verunsicherung geschaffen werden.